

# Calmer Tagblatt

Nr. 122

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 5mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 150 Mt., Familienanzeigen 100 Mt., Reklamen 400 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.

Dienstag, den 29. Mai 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 Mt. monatlich. Postbezugspreis 3000 Mt. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 120 Mt. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Parteien und den Organisationen der Wirtschaftskreise scheinen zu einer gewissen Klärung führen zu wollen. Die Wirtschaftskreise sollen sich zur dinglichen Garantie der deutschen Reparationsanleihen im Ausland grundsätzlich bereit erklärt haben. Ueber den Charakter der Sicherheitsleistungen wird noch beraten.

Die französisch-belgischen Verhandlungen sind noch weiter verschoben worden. Es scheint, daß zwischen Paris und Brüssel doch wegen der französischen Ruhrpolitik grundsätzliche Gegensätze sich entwickelt haben. Auch die von Mussolini gewünschten französisch-italienischen Besprechungen wurden verschoben. Anscheinend warten die Alliierten erst das neue deutsche Angebot ab, auf dessen Grundlage sie dann verhandeln werden.

Inzwischen hat der französische Kriegsminister, um die unheimliche Ruhe der Krisenstimmung in Frankreich etwas zu unterbrechen, sich gedrängt gefühlt, komplizierte Erklärungen über die Haltung Frankreichs hinsichtlich der Räumung des Ruhrgebiets zu geben. Danach kann es möglich sein, daß der Druck etwas gemildert wird, wenn aussichtsreiche Verhandlungen eingeleitet werden, aber das Ruhrgebiet werde erst geräumt, wenn wirklich Zahlungen geleistet seien.

## Das Reparationsproblem und die Krisenstimmung in Frankreich.

Die Zustände im Ruhrgebiet erwecken den Eindruck, als ob die Krisis dort auf den Höchststand zu drängen suche. Die Franzosen verschärfen nicht nur die Gewalttaten durch rücksichtslose Ausweisung und Bestrafung von Beamten und Privatpersonen, des Raubs von Staats- und Privateigentum, ja sogar brutale Anwendung der Waffen ohne jeden sichtbaren Grund, sie haben jetzt den furchtbaren Mordtaten in Essen eine neue ungeheuerliche Schandtat hinzugefügt durch die standrechtliche Erschießung des Kaufmanns Schlageter, der verschiedener Sabotageakte und der Erschießung eines französischen Spießes beschuldigt war. Durch die allem Völker- und Volksrecht Hohn sprechende Justiz der französischen Kriegsgerichte gegen eine friedliche Bevölkerung, die man gewaltsam zur Aufgabe nationalen Zuchtens und Handelns zwingen will, durch die Gewalttaten auf allen Gebieten soll die Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben werden, das ist fraglos die Absicht des ganzen Systems, und diese Auffassung wird noch besonders durch die Tatsache bestätigt, daß die Franzosen, die allen Verkehr aufs schärfste kontrollieren, anlässlich von Streikunruhen ruhig zusehen haben, wie zusammengegründetes Gestindel mit neuesten Feuerwaffen gegen die als Ordnungspolizei fungierende Feuerwehr in den Städten vorgegangen ist. Die Franzosen sind sich zweifellos klar darüber, daß der Terror, der in den letzten Tagen in Detmold, Essen und Gelsenkirchen ausgeübt wurde, nur zum geringen Teil von wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgegangen ist, daß die Erregung über die neue gewalttätige Teuerungswelle von unsauberen Elementen benützt wurde, um sich selbst durch Plünderungen Vorteile zu verschaffen, aber um gegen Bezahlung andern dunkeln Mächten in die Hände zu arbeiten. Welche Kräfte hinter diesen Unruhen stehen, das ist den Franzosen gleichgültig, die Hauptsache für sie ist, daß die Verwirrung und Erregung der Bevölkerung im besetzten Gebiet und darüber hinaus Formen annimmt, die Frankreich zur Verwirklichung seiner Absichten, sei es nun der Ausrufung einer „rheinischen Republik“, sei es aber auch des — Bürgerkriegs in Deutschland! sehr gelegen kommen würden. Die Regierung Poincaré scheint angesichts des Widerstands der Bevölkerung im Ruhrgebiet und angesichts des seitherigen Mißerfolgs der Ausbeutungsabsichten zu dem Entschluß gekommen zu sein, mit allen Mitteln einen Aufbruch im Rheinland hervorzurufen, wobei man durch bestohene Subjekte die Abtrennung des Rheinlands ausrufen lassen könnte, was dann die Weiterung eines Bürgerkriegs in Deutschland und des daraus für die Franzosen und ihre Alliierten in Europa (Polen, Tschechen usw.) entstehenden „Rechts“ des Einmarsches schaffen würde. Das sind fraglos die letzten Ziele der Regierung Poincaré, und die jetzt dauernd gesteigerten Gewaltmethoden entpinnen der Ueberleanna, daß die Ziele

schnell erreicht werden müssen, da die Anzeichen sich mehren, daß die Stimmung im französischen Volke sich täglich zu Ungunsten der Politik Poincaré entwickelt, und da auch die Alliierten — aus Gründen der eigenen Selbsterhaltung — in der letzten Zeit sehr deutlich zu erkennen gegeben haben, daß sie die Katastrophopolitik im Ruhrgebiet nicht mehr mitmachen wollen.

Was die Stimmung in französischer Volksseele anbelangt, so war schon vor dem Ruhrbruch ein großer Teil gegen dieses Unternehmen, jedoch wagten die Parteien und die Presse, die diese Aktion nicht für zweckmäßig, bzw. für gefährlich hielten, keinen offenen Widerspruch, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, als unpatriotisch oder gar Vaterlandsverräter verurteilt zu werden. Aber die Entwicklung im Ruhrgebiet und Rheinland, die Auseinandersetzungen mit den Alliierten, namentlich England, ließen doch nach und nach auch öffentliche Kritik aufkommen, und so gab schließlich die Stellungnahme der radikal-sozialistischen Partei in der Kammer den Anstoß zu einer scharfen Kritik der Gewaltpolitik Poincaré's, wenn auch in völlig parlamentarischen Formen, hinter denen sich immer noch die Furcht vor der fanatisierten Volksseele verbarg. Die Debatte, nach der darüber abgestimmt werden soll, ob die Kammer die von der Regierung verlangten neuen Ruhrkredite genehmigt, wird erst in dieser Woche zu Ende geführt. Inzwischen hat aber die Regierung eine weitere Warnung erfahren, und zwar durch den Senat, der ihr durch die Ablehnung der Bestätigung ihrer Maßnahmen gegen die Kommunisten zu verstehen gegeben hat, daß er sich nicht als willensloser Vollstrecker ihrer Willkürakte benützen lassen will. Der Senat hat in seiner Eigenschaft als Staatsgerichtshof das Ansinnen der Regierung, die auf ihren Antrag verhafteten Kommunistenführer zu verurteilen, weil sie bei ihrem Aufenthalt im Ruhrgebiet und später in Frankreich das ganze Gewaltunternehmen verurteilt hätten, abgelehnt, indem er sich als unzuständig für diese Angelegenheit erklärte. Daß es sich hier um mehr als einen juristischen Streitfall handelt, geht schon daraus hervor, daß Poincaré erklärt hatte, er werde eine ablehnende Haltung des Senats als Mißtrauensvotum betrachten, und er hat das ja dann auch durch Beantragung seiner Entlassung sowie des Gesamtministeriums dokumentiert. Herr Millerand hat das Entlassungsgesuch zweifellos aus außenpolitischen Gründen abgelehnt, um nicht den Eindruck der inneren Schwäche gerade im jetzigen Augenblick auf die Gestaltung der französischen Aktionen wirksam werden zu lassen. Und es ist immerhin denkbar, ja sogar, — wenn nicht von alliierter Seite ein Anstoß gegeben wird, — wahrscheinlich, daß man in Paris gegenwärtig den begonnenen offenen Kampf gegen Poincaré dämpft, vielleicht sogar einstellt, um die außenpolitischen Fragen unbelastet von inneren Schwierigkeiten durchführen zu können. An der Tatsache jedoch, daß weite Kreise in Frankreich das System Poincaré nicht mehr für das Richtige halten, wird dadurch nichts geändert. Auch in der Kammer wird die Regierung in den nächsten Tagen eine Kraftprobe zu bestehen haben. Der seitherige Präsident der Kammer hat anscheinend einen Nervenschmerz erlitten, sodas eine Neuwahl in Aussicht steht. Für diese ist der frühere Ministerpräsident Lyautey, ein gemäßigter Mann, von der republikanischen Mitte aufgestellt worden. Einigen sich die Linke und die Mitte auf diesen Kandidaten, so könnte womöglich auch die bisherige Stärke des „bloc national“, auf den sich Poincaré bisher absolut verlassen konnte, einen Stoß erhalten. Es sind also Erregungsmomente genügend vorhanden, die das Kabinett Poincaré im gegebenen Augenblick erfassen können. Dazu kommt die Haltung der Alliierten. Es ist nicht von ungefähr, daß die Reise des belgischen Ministerpräsidenten und des belgischen Außenministers nach Paris bis jetzt verschoben worden ist. Wahrscheinlich mußte sich der Außenminister eine Halsentzündung zulegen, um abzuwarten, ob die Vorgänge in Paris nicht zu einem endgültigen Rücktritt des Kabinetts führen würden. Zudem verläutet in unterrichteten Kreisen, daß Belgien keine Lust mehr habe, die Ruhrpolitik der Franzosen weiterhin zu unterstützen. Die englische und die italienische Regierung haben anscheinend ebenfalls in Paris interveniert, und die Methoden der Ruhraktion angegriffen, auch der Besuch des englischen Königs in Italien läßt auf eine engere Verbindung dieser beiden Länder schließen, sodas alles in allem genommen die Stellung Poincaré's heute nichts weniger als gesichert erscheint. Allerdings — und das ist wiederholt zu betonen, es handelt sich hier nur um Ansätze innen- und außenpolitischer Opposition, und es ist zu beachten, daß Poincaré zu den erfahrensten und raffiniertesten Staatsmännern der heutigen Zeit gehört. Er wird sicherlich, wie man aus seiner gewalttätigen Haltung gegenüber dem Senat ersieht, kein Mittel unversucht lassen, die innere Opposition unter

Sinweis auf die „nationale Pflicht“ zum Schweigen zu bringen, andererseits aber auch im besetzten Gebiete wenn möglich eine „vollendete Tatsache“ zu schaffen, und daraufhin in Deutschland die Gegensätze zu verschärfen. Namentlich in dieser Richtung muß heute in Deutschland jede Partei und Interessenrichtung unternommen sein, damit wir dem Poincarismus nicht noch im letzten Augenblick in die Hände arbeiten. Trotz der dauernden Herausforderungen durch die französische Soldateska muß strengste Selbstdisziplin geübt werden, und weitgehendste gegenseitige Unterstützung aller Bevölkerungsschichten muß so gut als möglich einen Ausgleich schaffen, denn wir scheinen uns jetzt dem Höhepunkt des Ruhr- und Reparationskonflikts zu nähern.

Selbstverständlich wird auch die Gestaltung der russisch-englischen Beziehungen und der Verhandlungen in Lausanne ihren Einfluß auf die Entwicklung der Reparationsfrage geltend machen, für Deutschland aber kommt es jetzt darauf an, nicht mehr passiv zuzusehen, wie die Dinge laufen, sondern die Entwicklung so viel als möglich durch eigene Initiative wenn auch noch nicht mitzubestimmen, so doch mit vorzubereiten. O. S.

## Die belgisch-französischen Dissonanzen.

Paris, 28. Mai. (Drahtb. W.-B.) Ministerpräsident Poincaré begibt sich am Mittwoch nach Straßburg. Dori gedenkt er nach dem „Matin“, einige Tage zu verbleiben. Er habe deshalb den belgischen Botschafter in Paris gebeten, dem Ministerpräsidenten Theunis mitzuteilen, daß zu seinem größten Bedauern die belgisch-französischen Verhandlungen nicht vor der nächsten Woche stattfinden könnten. Da in diesem Augenblick die beiden Kammern sich mit dem Militärgeheim beschäftigen, einer Debatte, der sich Ministerpräsident Theunis vollkommen widmen werde, glaubt der „Matin“, daß die französisch-belgischen Unterredungen hierdurch bis Mitte Juni aufgeschoben werden müssen. Die Gegensätze zwischen der belgischen und der französischen Auffassung vom Reparationsproblem kennzeichnen der linksstehende „Deuxième“ wie folgt: Die Belgier hätten nicht vergessen, daß zwischen der belgischen Lage und derjenigen Frankreichs ein wichtiger Unterschied bestehe, den Poincaré zu Unrecht vernachlässige. Wenn Frankreich bis zur Stunde an Einziehungskosten im Ruhrgebiet mehr verausgabt habe, als es auf Reparationskonten erhalte, so sei Belgien nicht in gleicher Lage. Sein Prioritätsrecht habe ihm Ende des vergangenen Jahres 360 Millionen Goldmark eingetragen. Wenn Poincaré verkünde, der Friede sei noch nicht fruchtbringend gewesen, so könnten die Belgier nicht umhin, daran zu denken, daß dieser Friede vor der Befreiung des Ruhrgebiets für sie — wenn auch noch in sehr geringem Maße — eine Quelle von Einnahmen geworden war. Es bestehe kein Zweifel, daß die belgische Auffassung in England und auch in Italien sehr geschätzt werde. Belgien, Frankreichs erster Allierter, treibe also — vielleicht wider seinen Willen — dazu, wenn auch nicht die Rolle des Schiedsrichters, so doch das Sprachrohr zwischen den Großmächten zu spielen.

**Belgien mit dem Ruhrunternehmen unzufrieden!**  
London, 28. Mai. „Daily Express“ schreibt zu dem neuen belgischen Reparationsplan, Belgien sei unzufrieden und enttäuscht über das Ergebnis der Aktion, die es gemeinsam mit Frankreich unternommen habe.

## Keine Konferenz der Alliierten vor Eingang der neuen deutschen Note.

Paris, 28. Mai. Der „Intransigeant“ meldet, von autorisierter Seite werde erklärt, daß keinerlei allgemeine Konferenz der Alliierten stattfinden werde, bevor die neue deutsche Note in der Reparationsfrage ausgegeben worden sei. Das gleiche Blatt will wissen, daß am Quai d'Orsay über einen Plan Mussolinis, nach Paris zu kommen, keinerlei Mitteilung vorliegt.

London, 29. Mai. Reuter erfährt, daß in maßgebenden Kreisen Londons nichts über eine geplante Alliiertenkonferenz über das Thema der deutschen Reparationen bekannt sei.

## Dunkle Erklärungen des französischen Kriegsministers über die Frage der Räumung des Ruhrgebiets.

Paris, 28. Mai. In einer Rede vor ehemaligen Kriegsteilnehmern in Chalons sur Marne erklärte Kriegsminister Maginot zur Ruhrfrage: Unser Zwang und unser Druck, den wir durch die in dem neu besetzten Gebiet getroffenen Maßnahmen wirtschaftlicher Art auf Deutschland ausüben, wird erst aufhören, wenn Deutschland seinen Widerstand eingestellt und uns von den notwendigen Garantien begleitete annehmbare Vorschläge gemacht hat. Aber

hine einiger tie...  
gekessert ist auch...  
ttklingen bedeu...  
durch das neue...  
in einem Stof...  
t unterhalb des...  
langt, so macht...  
„Felsenärten“...  
nig erfreulichen...  
  
Wirtschaft...  
ermünzen...  
für das Reich...  
n 28. ds. Mts...  
0000.— für ein...  
Zehnmarkstück...  
prechende Preise...  
nzen durch die...  
eres zum 4000-...  
  
Führung von Kir...  
reisen abgenom...  
1600 M., zum...  
freilich aus Ge...  
nd wurden mit...  
  
an den Börsen und...  
blischförmlichen...  
Berlebe...  
  
mann, Calw...  
Femel, Calw...  
  
Sull...  
iköhlin...  
en Betrieb gefucht...  
Arbeitsamt Calw...  
  
sbursche...  
hrer) gefucht...  
ue Apotheke...  
  
Tomaten...  
Kabak...  
Pohlraben...  
Ingersen...  
Krautkehlunge...  
empfehl...  
eck, Gärtnerer...  
  
Bieder...  
käufer!...  
Kernseife...  
incl. Verpack...  
Solang, Vorrat...  
apona...  
Franz Kramer...  
den Stadt...  
nenstraße 21...  
  
lier!...  
den Spalten...  
kleinen An...  
gen findet...  
praktische...  
isfrau gute...  
legenheit...  
verfüssig...  
lausgerät...  
zu ver...  
kaufen!...  
  
Lizenberg...  
omme...  
agnerholz...  
verkauft am näch...  
ittwoch, nachmitt...  
m Windhofweg...  
Rentfcher...  
Maurerswitwe...  
  
sch berichtet...  
as „Calwer...  
Tagblatt“ über...  
lle wiffens...  
werten Vor...  
kommnisse!

aufhören, unseren Druck auszuüben, bedeutet nicht, daß wir aufhören, das Ruhrgebiet besetzt zu halten. Druck und Besetzung sind zwei verschiedene Dinge. Das Ruhrgebiet wird, so wie die französische und belgische Regierung es in Brüssel erklärten, nur gegen geleistete Zahlungen und nach Maßgabe selbst der ungeleisteten Zahlungen geräumt werden.

### Englische Stimme über die französischen Umsturzpläne im Rheinland.

London, 28. Mai. Zu den kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet schreibt die „Daily News“: Welcher Eindruck würde wohl nach Ansicht der französischen Regierung bei der öffentlichen Meinung der Welt hervorgerufen werden, wenn die Welt zu der Ueberzeugung kommt, daß Frankreich seine Ruhrbesetzung dazu benützt, um die anarchistische Revolution im Gebiete seines bisherigen Feindes zu ermutigen und zu schützen? — Die „Welt“ würde sich wenig daraus machen, solange nicht die Staaten selbst von den Wirkungen getroffen würden.

### Die Besprechungen in Berlin.

Berlin, 29. Mai. Die Konferenzen beim Reichskanzler dauerten auch im Laufe des gestrigen Tages an. Der „Völkischen Zeitung“ zufolge empfing der Kanzler gestern nochmals die Führer der Parteien der Arbeitsgemeinschaft, die ihn von dem Ergebnis ihrer am Vormittag stattgehabten Beratungen unterrichteten. — Nach dem „Berliner Tageblatt“ empfing der Reichskanzler auch Vertreter der Landwirtschaft und der Banken im Zusammenhang mit dem Garantievorschlag des Reichsverband der deutschen Industrie.

### Eine halbamtliche Erklärung über die Garantiebereitschaft der deutschen Wirtschaftskreise.

Berlin, 29. Mai. Zu der Frage der Kredite für die deutschen Reparationsleistungen liegt in dem Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler ein wichtiger Beitrag vor. Das Schreiben trägt den von der Reichsregierung festgelegten Gesichtspunkten der Heranziehung der Wirtschaft zur dinglichen Sicherung der deutschen Leistungen Rechnung, indem es sich prinzipiell auf den Boden dieser Auffassung stellt. Damit ist ein Schritt von großer Tragweite geschaffen, den die Reichsregierung als eine Kundgebung des Willens führender Wirtschaftskreise begrüßt, an der Lösung der schwierigen Garantiefrage aus allen Kräften mitzuarbeiten und die für eine brauchbare Regelung des gesamten Problems erforderlichen Opfer zu bringen. Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wie weit die von der Wirtschaft aufzubringenden Leistungen bei den weiteren Schritten der Reichsregierung Verwertung finden können, denn so sehr es zu begrüßen ist, daß in der Erkenntnis der Notwendigkeit großer Opfer einzelne Stände sich bereit finden, an dem zu lösenden Problem mitzuarbeiten, so wenig entbindet dies die Regierung von der Aufgabe, von sich aus Maßnahmen und Verteilung der Leistungen unter Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbsstände zu bestimmen und unabhängig festzulegen. Die Vorarbeiten hierfür sind von der Regierung aufgenommen. Mit der gleichen Selbstverantwortung wird sie die gefälligen Maßnahmen vorbereiten, die für die Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit erforderlich sein werden, wie sie im wesentlichen in der Note vom 14. Nov. unter weitgehendster Zustimmung der Parteien von der Regierung wiederholt zugesagt worden sind.

### Die Mittelparteien zum Garantieangebot der Wirtschaftskreise.

Berlin, 28. Mai. Von parlamentarischer Seite wird uns mitgeteilt: Die Parteiführer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei beschäftigten sich heute bei Besprechung der politischen Lage mit dem Angebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler. In den von der Industrie angebotenen Leistungen sehen die Parteiführer ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die deutsche Wirtschaft in der Erkenntnis der Lage bereit ist, für die Freiheit des Vaterlandes auch die schwersten Opfer zu bringen. Die für die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gemachten Voraussetzungen werden bei der Bindung der angebotenen Bereitwilligkeit durch die notwendigen Gesetze Gegenstand alsbaldiger parlamentarischer Verhandlungen werden müssen und zwar auf der Grundlage des bereits in der Note vom 14. November 1922 niedergelegten Regierungsprogramms.

### Die französische Gewaltpolitik.

#### Protest der deutschen Regierung gegen das neueste Verbrechen der französischen Militärjustiz.

Berlin, 29. Mai. Der deutsche Geschäftsträger in Paris wurde beauftragt, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen: Die französische Regierung ließ den Kaufmann Schlageter, gegen den ein französisches Kriegsgericht in Düsseldorf auf Todesstrafe erkannt hatte, am 26. Mai erschießen. Der Tatbestand, der dem Urteil zugrunde liegt, ist der deutschen Regierung nur aus Pressemeldungen bekannt und konnte von ihr nicht nachgeprüft werden. Gleichviel wie es sich damit verhalten mag, muß festgestellt werden, daß das Verfahren gegen Schlageter ebensowenig wie die Verfahren französischer Kriegsgerichte gegen andere Deutsche Anspruch erheben kann, als Rechtsverfahren angesehen zu werden. Französische Kriegsgerichte haben kein Recht, auf deutschem Boden, den sie widerrechtlich betreten haben, über Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu befinden. Die deutsche Regierung hoffte, daß sich die französische Regierung wenn nicht aus Rechtsgründen, so doch aus Gründen der Menschlichkeit und um eine weitere Verschärfung der Lage zu vermeiden, bewegen lassen würde, von der Vollstreckung des Ur-

teils Abstand zu nehmen. In diesem Sinne sind sofort nach Bekanntwerden des Urteils dringende Vorstellungen bei ihr erhoben worden. Die französische Regierung gab ihnen kein Gehör, entschloß sich vielmehr, den kriegsgerichtlichen Zwang gegen die Bevölkerung bis zum Neuesten zu treiben und mit der Erschießung Schlageters einen Schritt zu tun, der nicht wieder gutgemacht werden kann. Die deutsche Regierung protestiert feierlich gegen diesen Mißbrauch der Gewalt, für den die französische Regierung die Verantwortung trifft.

### Die Mundtotmachung der Kritik.

Düsseldorf, 29. Mai. Der Vertreter des Regierungspräsidenten, Oberregierungsrat Dr. Lutterbeck, ist gestern abend von den Franzosen in seiner Wohnung in Düsseldorf verhaftet und ins Gefängnis nach Derendorf gebracht worden. — Lutterbeck hatte den gestern veröffentlichten scharfen Protest wegen der Erschießung Schlageters an den Romanbanten des Bezirks gerichtet.

### Vor der Beendigung der Ausraubung der Farbwerke.

Mannheim, 28. Mai. Nachdem die Besetzung der Höchster Farbwerke aufgehoben worden ist, rechnet man damit, daß in den nächsten Tagen auch die Besetzung der Badischen Anilinfabrik aufgehoben werden wird. Tatsächlich sind die französischen Arbeiter, die die Franzosen zum Abtransport der Farben angestellt hatten, bereits abgelohnt und die Posten vor dem Farblager heute zurückgezogen worden.

### Die Streik- und Feuerunruhen im besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 29. Mai. Die Erwerbslosen und die Kommunisten hielten gestern vormittag eine Versammlung auf dem Hamburger Ball ab, die von den Franzosen erlaubt worden war. Dabei kam es gegen mittag in Ober-Bill zu Zusammenstößen zwischen Streikenden bzw. Erwerbslosen und der Polizei. Die Streikenden versuchten, die Arbeiter aus der Maschinenfabrik herauszuholen. Die Polizei schlug die Arbeitswilligen und ging mit der Waffe gegen die Demonstranten vor. Dabei wurde einer der Letzteren durch einen Kopfschuß getötet. Der Polizei gelang es, die Menge zu zerstreuen und die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Der Nachmittag verlief ohne Störung. Die Polizei hat die Anweisung erhalten, gegen das Auftreten von Hundertschaften in geschlossenen Zügen und gegen Demonstranten vorzugehen.

Essen, 29. Mai. Zwecks Schaffung eines Sicherheitsdienstes für die Stadt fanden gestern Besprechungen zwischen der Stadtverwaltung, dem Polizeipräsidenten mit dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und den Vertretern der Spitzengewerkschaften statt. Die Gewerkschaften gaben eine Erklärung ab, daß sie sich an dem Schutzdienst beteiligen werden, wenn er nicht von den politischen Parteien getragen werde, sondern von den auf wirtschaftlicher Grundlage basierenden Gewerkschaften. Es müsse aber ausgeschlossen sein, daß sich Bestrebungen geltend machen, die sich gegen die bestehende Staatsform richteten. Ferner müsse den am Schutzdienst teilnehmenden Personen der bisherige Tarifminderlohn fortgewährt werden. Weiter müsse ihnen Sicherheit gegeben werden gegen die Folgen von Unfällen, die sie im Dienst erleiden. Da von den städtischen Vertretern bindende Erklärungen noch nicht abgegeben werden konnten, wurde auf heute eine neue Besprechung anberaumt, die ein endgültiges Ergebnis bringen soll.

Dortmund, 28. Mai. Die Lage ist seit Sonnabend unverändert. Auf der Zeche „Tremonia“ sind 350 Mann von der etwa 2000 Mann betragenden Belegschaft eingefahren.

Necklinghausen, 28. Mai. Hier streiken die Zechen „Emscher-Lippe“, „Necklinghausen“ I und II, „König Ludwig“ und „General Blumenthal“ I und II. Laut Befehl des Generals Degoutte werden vom 29. Mai ab öffentliche Ansammlungen nicht mehr gestattet.

### Die Unterflügelung der Aneubestifter durch Ausweisung der Polizei.

Berlin, 26. Mai. Wie den Blättern von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die gesamte grüne Polizei aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen. Die zurückgebliebene blaue Polizei ist durch Ausweisungen auf die Hälfte geschwächt und ungenügend bewaffnet. Der Oberpräsident Gronowski hatte auf Anordnung des preussischen Ministerpräsidenten von der Besatzungsbehörde die Wiederzulassung der Schupoizei gefordert. Die Ablehnung französischerseits steht noch nicht fest. In gleicher Weise hat der Oberpräsident die gesamte friedensliebende Bevölkerung zur Teilnahme am Selbstschutz aufgefordert.

### Die Lohnregelung im Stein- und Braunkohlenbergbau.

Berlin, 28. Mai. Zur Regelung der Löhne im Monat Juni traten die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer am 28. Mai im Reichsarbeitsministerium zu Verhandlungen zusammen. Zunächst kam für den Ruhrbergbau eine Vereinbarung zustande, wonach die Löhne einschließlich Soziallohn um durchschnittlich 10 000 Mark (das sind etwa 50 Prozent) je Schicht erhöht werden. In dieser Lohnhöhung ist die in der zweiten Hälfte des Mai eingetretene außerordentliche Teuerung, die bei der Lohnregelung für andere Berufsgruppen bereits ausgeglichen wurde, sowie die bevorstehende Erhöhung des Brotpreises und der Eisenbahntarife mit berücksichtigt. Für die anderen Bergbaubetriebe sind Verhandlungen noch nicht im Gange.

### Zur auswärtigen Lage.

#### Die Streitfragen zwischen Türken und Alliierten ebenfalls vor der Lösung?

Lausanne, 28. Mai. Angesichts der noch bestehenden Schwierigkeiten beschlossen die drei alliierten Bevollmächtigten, von nun an mit Jemal Pascha neben den offiziellen Komiteesitzungen regelmäßig gemeinsame private Sitzungen abzuhalten. Man

hofft auf diese Weise, noch am Ende der Woche eine Verständigungsbasis für die wichtigsten türkisch-alliierten Streitfragen zu finden. Ein Abschluß der Konferenzarbeiten wird aber trotzdem nicht vor Ende Juni zu erwarten sein.

### Bulgarischer Einspruch gegen das griechisch-türkische Abkommen.

Lausanne, 28. Mai. Der bulgarische Vertreter in Lausanne, Todorow, richtete an die Konferenz eine Note, in der er auf die Gefahr der in der vorgestrigen Konferenzsitzung getroffenen territorialen Lösung des türkisch-griechischen Konflikts, d. h. die Abtretung von Karagatsch an die Türkei hinweist und Berücksichtigung der bulgarischen Interessen fordert. Die Note betont, daß die neuen territorialen Veränderungen zugunsten der Türkei Bulgarien in hohem Maße interessieren, da es sich um von Bulgarien an die alliierten assoziierten Mächte laut Vertrag von Neuilly abgetretene Gebiete handelt, durch die außerdem der Zugang Bulgariens zum Meere gehen soll.

### Revolution in Bulgarien?

Paris, 28. Mai. Das „Journal des Debats“ stellt fest, daß zu Beginn des heutigen Nachmittags auf der bulgarischen Gesandtschaft keine Bestätigung der Gerüchte von einer Revolution in Bulgarien vorgelegen hat. Die Post der Gesandtschaft sei wie gewöhnlich in Paris angekommen und keine aus Bulgarien kommende Nachricht habe bestimmte Angaben über die in Rede stehenden Vorgänge enthalten.

### Die englisch-russischen Beziehungen.

London, 29. Mai. Der Unterstaatssekretär des Aeußern, Mac Neill, teilte auf eine Anfrage Kennworthys im Unterhaus mit, er sei nicht in der Lage, augenblicklich irgendeine Erklärung mit Bezug auf die Unterredung zwischen Curzon und Krassin abzugeben. Ramsey MacDonald fragte, wann Mac Neill eine Erklärung abgeben könne. Dieser erwiderte, er hoffe, daß dies innerhalb weniger Tage möglich sein werde.

London, 29. Mai. Wie verlautet, besteht Grund zu der Annahme, daß Curzon auf der für heute Nachmittag 5 Uhr festgesetzten Zusammenkunft mit Krassin die Antwort auf die letzte Note der Sowjetregierung in Form einer Verbalnote zu erteilen beabsichtigt. Da, wie bereits gemeldet, vor einigen Tagen eine Zusammenkunft des Kabinetts zur Erörterung der russischen Note stattgefunden hat, kann vermutet werden, daß es sich hierbei um die Erwägung der Antwort der britischen Regierung handelte. Die Tatsache, daß die russische Antwort in einigen Punkten, insbesondere in der Frage der Propaganda, für unzureichend angesehen wird, ist bereits bekannt. Der Umstand, daß in Berichten aus Moskau auf die Unmöglichkeit der Abberufung bolschewistischer Kommissare hingewiesen wurde, läßt darauf schließen, daß dieser Punkt in London als in die allgemeine Frage der Propaganda einbezogen erachtet wird und eine entscheidende Erklärung der britischen Regierung über die Unzulänglichkeit der russischen Antwort in dieser Hinsicht als ein Bestehen auf den britischen Forderungen gedeutet werden kann. Es ist jedoch anzunehmen, daß dies in einer Form geschieht, die einen Bruch mit der Sowjetregierung vorläufig wenig wahrscheinlich macht.

### Aufgabe des Bürgerkriegs in Irland?

London, 29. Mai. Die Blätter melden aus Dublin: Devalera teilte seinen Anhängern mit, die Fortsetzung des Kampfes für die Republik sei zwecklos und es sei eine Tat der Vaterlandsliebe, jetzt die Waffen niederzulegen. — Devalera ist der Führer der Republikaner, die vollständige Unabhängigkeit von England erstrebten, und deshalb die Gemäßigten bekämpften, welche mit der Stellung Irlands als autonome Provinz zufrieden waren.

### Eine japanische Militärmission im besetzten Gebiet.

Köln, 28. Mai. Die „Kölnische Zeitung“ meldet, in Düsseldorf sei eine japanische Militärkommission, bestehend aus einem General, einem Obersten und einem Hauptmann, eingetroffen. Sie werde sich von Düsseldorf nach Koblenz begeben.

## Deutschland.

### Vorstellung der Beamten

#### wegen Anpassung der Gehälter an die Teuerung.

Berlin, 28. Mai. Die Führer der Spitzenorganisationen der Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reichs wurden heute im Reichsfinanzministerium unter Hinweis auf die erheblichen Preissteigerungen in den wichtigsten Bedarfsartikeln wegen einer sofortigen Erhöhung der Gehälter und Löhne vorstellig. Das Reichsfinanzministerium, das bereits eine Prüfung der Lage vorgenommen hat, erklärte seine Bereitwilligkeit, am Montag, den 4. Juni, in neue Verhandlungen einzutreten. Auf beiden Seiten herrschte Uebereinstimmung, daß die Verhandlungen schnell zum Abschluß gelangen und alle Maßnahmen ergriffen werden, um die erhöhten Bezüge möglichst rasch in Wirksamkeit treten zu lassen.

### Die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften gegen den politischen Einfluß der Schwerindustrie.

Berlin, 26. Mai. Vom 19. Delegiertentag des Gewerkschaftsvereins Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Dunker) in Jena wurde nach einem Referat des demokratischen Abgeordneten Erkelenz eine Resolution über den Konzentrationsprozeß in der Schwerindustrie angenommen, die nach der „Berliner Volkszeitung“ in folgenden Sätzen gipfelt: „Die durch den Konzentrationsprozeß geschaffenen großen Konzerne gewinnen durch ihre Größe eine Art öffentlichen Charakter. Sie sind bevorzugte Verwalter großer Teile des Volkswirtschaftens. Sie üben vermöge ihrer Größe und ihres Reichtums einen starken, offenen und verdeckten politischen



ziervereins, Generalleutnant v. Berger, übernahm es in einer besonders dem Gedenken der Gefallenen gewidmeten Ansprache namens der beiden Grenadiervereine und empfahl es der Obhut der Staatsbehörden, die durch Oberregierungsrat Gebhardt namens des Staatsrentamts Stuttgart zugesichert wurde. Hierauf hielt der evangelische Divisionsgeistliche Stadtpfarrer Dölker die zu Herzen gehende Weisheitsrede, worin er das Denkmal als das Standbild deutscher Kraft und deutschen Muts, deutschen Geistes und deutscher Treue, als einen Halt in dunkler Zeit, einen Ansporn für die Zukunft und eine Mahnung zu unerschütterlichem Gottvertrauen würdigte. Als dann legten zahlreiche Abordnungen, insbesondere der Offizierverein, die Vereinigung ehem. Magagnadiere, ihre Bezirks- und Ortsgruppen, sowie namens des Regiments Kaiser Friedrich General Frhr. v. Soden Kränze am Denkmal nieder. Der Kommandeur des Reichswehrbataillons, Oberleutnant Fischer ließ sein Bataillon stillstehen und erklärte: Im Namen der Truppe, die dazu berufen ist, die ruhmreichen Traditionen des ruhmreichen Grenadierregiments Königin Olga weiterzuführen, lege ich das Gelübde ab, daß wir leben und arbeiten wollen in dem Geiste, der das Regiment zu Ruhm und Sieg geführt, und daß wir uns bereit machen wollen für den Tag, an dem das Vaterland aufs neue seiner Wehr und Waffen bedarf. — Inzwischen hatten sich die Kompagnien in ihren Lokalen gesammelt und marschierten gegen 10 Uhr zum Regimentsappell in die Kotebühnkaserne. Es waren viele Tausende, die sich hier mit den freudig begrüßten Traditionskompagnien der Reichswehr im offenen Biered um eine von zahlreichen Fahnen der Kriegervereine umgebene Rednertribüne aufstellten. Generalmajor Ströhl hielt eine zündende Ansprache, in der er aus der Geschichte des Regiments einige Marksteine herausgriff und die Vaterlandstreue als oberste Pflicht bezeichnete. Sein begeistert aufgenommenes Hoch galt dem Regiment. Der katholische Divisionsgeistliche Präses Spohn ermahnte in tief ernster Rede zu Mut, Zuversicht und Gottvertrauen, Selbsterkenntnis und Einnesänderung. Hierauf zogen die Kompagnien nach einem strammen Parademarsch, den der Regimentschef, Herzog Albrecht und die ehemaligen Regimentskommandeure abnahmen, zum Regimentsdenkmal, das im Vorbeimarsch besichtigt wurde. — Der Nachmittag war der Kameradschaft und Geseßelligkeit gewidmet.

**Weiter für Mittwoch und Donnerstag.**  
Neue Störungen dringen von Westen vor. Am Mittwoch und Donnerstag ist weiterhin meist bedecktes, mäßig kühles, aber mit wenig Niederschlägen verbundenes Wetter zu erwarten.

(ECB.) Stuttgart, 28. Mai. In der Torstraße ist am Samstag abend 10 Uhr in einem Uhrenladen ein schwerer Einbruch verübt worden. Indem die Diebe die Wand des hinter dem Laden liegenden Aborts, in den sie sich eingeschlichen hatten, durchbrachen. Sie arbeiteten mit Handschuhen, um keine Fingerabdrücke zu hinterlassen. Ihre Beute an Goldsachen und Uhren wird auf 10 Mill. Mark geschätzt. Sie sind unerkannt entkommen.

(ECB.) Stuttgart, 28. Mai. Die Preise für Gas und Elektrizität sind wieder einmal stark erhöht worden und zwar für Gas von 550 auf 850 M., für Licht von 1050 auf 1600 M. und für Kraft von 710 auf 1050 M.

(ECB.) Stuttgart, 28. Mai. Die Wahl zur Vertretergeneralversammlung im Stuttgarter Konsumverein ergab bei sehr schwacher Wahlbeteiligung 77 Sitze des Beamtenbundes, 71 der Sozialdemokratie und 52 der Kommunisten.

(ECB.) Stuttgart, 28. Mai. Die Nr. 120 der „Südd. Arbeiterzeitung“ vom 28. Mai wurde wegen eines Artikels „Gegen die bürgerliche Kommunisten- und Arbeiterhege“ beschlagnahmt.

(ECB.) Heidenheim, 28. Mai. Eine etwa 45 Jahre alte Frau hat sich in der Brenz ertränkt.

(ECB.) Schussenried, 28. Mai. Bäckermeister Hinderer, der aus Versehen statt Kaffee Bäckerlauge trank, ist jetzt seinen Verletzungen erlegen.

(ECB.) Schlachters O.A. Wangen, 28. Mai. Bei Schuhmacher und Kolonialwarenhandler Jähler wurde ein schwerer Einbruch verübt und Gegenstände im Gesamtwert von 173 600 M. gestohlen.

(ECB.) Friedrichshafen, 28. Mai. Vom Bootsunglück des Pfingstmontags wurde am Samstag vormittag das zweite Opfer, der 20 Jahre alte Otto Zobel, geborgen. Die Leiche Drüch, der Zobel im Todessturm umschlungen hielt, löste sich von diesem bei der Hebung aus dem See und fiel ins Wasser zurück. Infolge hohen Wellenganges konnte die Suche am Samstag nicht mehr aufgenommen werden. Pfeiffer wurde am Samstag beerdigt, Zobel am Montag.

werden. Pfeiffer wurde am Samstag beerdigt, Zobel am Montag.

**Geld-, Volks- und Landwirtschaft.**  
Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 61 403 Mark, der Schweizer Franken auf 11 228 Mark.

**Landesproduktenbörse.**

(ECB.) Stuttgart, 28. Mai. Die Steigerung der Devisen hat auch in der letzten Woche ein weiteres Aufschlagen der Getreidepreise hervorgerufen. Das Geschäft war nach wie vor schwach. Die Käufer übten größte Zurückhaltung. Es notierten je 100 Kilogramm gesunde trodene Ware nominell württ. Weizen 195 000—205 000 (am 22. Mai 180—190 000), württ. Sommergerste 150—180 000 (130—147 000), Hafer 120—150 000 (105 000 bis 135 000), Weizenmehl Nr. 0 325—345 000 (290—315 000), Brotmehl 285—305 000 (250—285 000), Kleie 80—90 000 (70 000 bis 80 000), württ. Heu 44—46 000 (42—44 000), drahtgepresstes Stroh 46—48 000 (41—43 000) Mark.

**Märkte.**

(ECB.) Herrenberg, 28. Mai. (Schweinemarkt.) Zufuhr 75 Milch- und 6 Läufer Schweine. Alles wurde bei steigenden Preisen verkauft. Das Paar Milchschweine kostete 760 000 bis 860 000 Mark, das Paar Läufer 900 000—1 600 000 Mark.

(ECB.) Balingen, 28. Mai. Dem Schweinemarkt waren zugeführt 170 Milch- und 1 Läufer Schwein. Der Handel war lebhaft. Verkauft wurde alles. Der Preis für ein Milchschwein stieg abermals auf 260 000 bis 420 000 M., für ein Läufer Schwein auf 550 000 M.

(ECB.) Hall, 28. Mai. Die Zufuhr betrug 549 Milchschweine und 1 Läufer. Verkauft wurde alles. Ein Milchschwein kostete 280 000 bis 370 000 M. und ein Läufer kam auf 550 000 M.

(ECB.) Güglingen, 28. Mai. Der Schweinemarkt war besetzt mit 88 Milchschweinen und 14 Läufern. Verkauft wurden 80 Milchschweine das Paar zu 520 000 bis 740 000, 10 Läufer, das Paar zu 800 000 bis 1 500 000 M.

Die örtlichen Kleinhandelpreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelpreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw.  
Druck und Verlag der K. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Strafbefehl.**

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen den am 16. August 1896 zu Althengstett geb. und daselbst wohnhaften Metzger

**Gustav Laufer**

wegen Vergehens gegen § 1 der Schleihhandelsverordnung vom 7. März 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 27. Nov. 1919, vergl. mit den Gesetzen vom 18. Dezember 1920 (RGBl. S. 2107) und vom 24. Febr. 1923 (RGBl. S. 148, 149), Gesetz über die Fleischversorgung vom 18. April 1922 (RGBl. S. 460)

eine Geldstrafe von 200 000 Mk. und an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Wochen eine weitere Geldstrafe von 100 000 Mk. und im Falle die erstere Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, eine Gefängnisstrafe von einem Tag für je 5 000 Mk. festgesetzt, auch demselben nach Maßgabe der §§ 496 und 497 Abs. 1 der St. P. O. die Tragung der Kosten des Verfahrens und des Strafvollzugs auferlegt.

Zugleich wird die Veröffentlichung der Bestrafung in der in Calw am meisten gelesenen Tageszeitung und der Aushang im Rathaus in Calw angeordnet.

Calw, den 14. Mai 1923.

Amtsgericht: (gez.) Amtsrichter Dr. Otto. Ausgefertigt unter Bescheinigung der Vollstreckbarkeit des Strafbefehls.

Den 28. Mai 1923.

Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Calw: Notar-Prakt. Schlotterbeck.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 31. Mai 1923 stattfindenden

### **Hochzeits-Feier**

in das Gasthaus zum „Fäß“ in Leinach herzlich einzuladen.

**Michael Hammann,**  
Sohn des f. Johannes Hammann, Bauer in Oberkolkswangen.

**Marie Schnaible,**  
Tochter des Johannes Schnaible, Bauer in Emberg.

Kirchgang 12 Uhr in Leinach.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

### **Drahtstifte**

in allen Abmessungen liefern billigst aus Lagerbestand

### **Kanher & Gantert Pforzheim,**

Eisen—Stahl—Metalle,  
Fernsprecher 3325. Weiberstraße 35.

### **A. Oelschläger'sche Buchdruckerei**

Lederstraße 151  Fernruf Nr. 9.

Unser reichhaltiges Schriften- und Ziermaterial, sowie vorzügliche maschinelle Einrichtungen ermöglichen es uns

## **Drucksachen herzustellen**

die in Form und Ausstattung jeder Forderung gerecht werden.

### **Wohnungsaussch.**

Wer tauscht eine 3-Zimmerwohnung gegen 2-Zimmerwohnung. Umzugskosten werden teilweise vergütet. Angebote unter L. C. 122 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

### **Lausich-Gesuch.**

Suche 3-5 Zimmer-Wohnung in Calw oder Heppenheim. Biete schöne 3 Zimmer-Wohnung in Stuttgart. Zu erfragen Lederstr. 182.

Ein ehrliches, fleißiges

### **Mädchen**

für Küche und Haus, für sofort oder später, bei hohem Lohn und bester Behandlung gesucht.

Rastatter Erholungsheim, Liebenzell.

Auf 1. Juli

### **Beiköchin**

für größeren Betrieb gesucht. Näheres b. Arbeitsamt Calw

### **Lüchtiger Pferdewechter**

sofort gesucht.

**Alber & Stübler, Calw.**

### **Schnecken**

mit Häuschen werden wieder angenommen bei guter Bezahlung.

A. Bayer b. St. Waghäusel.

### **Einige Zentner Heu**

kauft oder tauscht ein gegen Brennholz.

Angebote sind zu richten unter L. C. 122 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Zu verkaufen**  
ein Paar wenig getragene Halbschuhe Größe 40.  
**Badstraße 373.**

### **Durch Sparsamkeit**

können Ihre die Kaufkraft des Geldes wieder heben. Unsere allgem. Sparkasse verzinst jed. Beitrag zu laufend. Zinsfuß

### **Spar- & Vorschubbank Calw.**

### **Färberei Büfing Stuttgart**

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: **W. Entenmann,** Lederstr. 91

Im Auftrag bringe ich den

### **Grasertrag**

von 28 Ar des früherer Bildhauer Staudt'schen Baumguts hinter dem Hohenfels am Samstag, den 2. Juni, nachmittags 2 Uhr zur Versteigerung. Geboten wird in Pfund Weizen oder dem entsprechenden in Mark umgerechnet. Gegenwert. Zusammenkunft an Ort und Stelle.

**Carl Reichert,**  
Agenturgeschäft,  
Mittlere Brücke.

### **1 Paar schöne Läufer Schweine**

hat zu verkaufen  
**Gustav Andreat,**  
Hirsau.

Sehe eine 38 Wochen trüchtige 3. Kalb tragende

### **Schaffkuh**

unter jeder Garantie dem Verkauf aus, desgleichen einen beinahe neuen

### **Ruhwagen**

(leicht), ferner ein neues

### **Ruhgeschirr**

Ehr. Wächter, Gellingen

### **Wiederverkäufer!**

### **la. Kernseife**

50 Stück incl. Verpackung. 4. M. 900, solange Vorrat

**Sapona,**  
Inh. Franz Kramer,  
Freudenstadt,  
Tammenstraße 21.

### **Hausburische**

(Radfahrer) gesucht.  
Neue Apotheke.

**Rind**  
Jakob Schmid, Neßner.